

Fiktion, daß das „Deutsche Reich“ fortexistiere und die BRD identisch mit ihm sei, hat in über 60 Gesetzen und Verordnungen dieses Staates Eingang gefunden.

Diese anmaßende Politik ist natürlich Wasser auf die Mühlen der revanchistischen Landsmannschaften. Hinzu kommt noch, daß die von ihnen betriebene — wie sie selbst sagen — „zweite Schlacht um den deutschen Osten“ mit Millionen und aber Millionen DM aus dem Bundes- und den Lan-

deshaushalten der BRD finanziert wird. Allein im Bundeshaushalt 1981 ist mit fast einer halben Milliarde DM ein um rund 15 Prozent höherer Betrag dafür offiziell ausgewiesen als im Vorjahr. Außerdem erhalten die einzelnen Landsmannschaften horrenden Summen von den BRD-Landesregierungen, die Patenschaften über sie ausüben. Und das in einer Zeit, da bei den Sozialausgaben immer rigoros der Rotstift angesetzt wird, da sie zusammengestrichen werden.

Hier bietet die BRD nach wie vor ein sehr widersprüchliches Bild“

In der Tat. Zum Bild der BRD von heute gehört eben auch, daß dieselben politischen Kräfte der BRD, die noch immer von einem kapitalistischen „Deutschland in den Grenzen von 1937“ träumen und den revanchistischen Landsmannschaften keine Zügel anlegen, auch das Kommando über die am stärksten bewaffnete, am gründlichsten ausgebildete und antikommunistisch am verbissensten gedrillte Streitmacht der NATO in Europa haben, daß sie mit zu den eifrigsten Verfechtern des NATO-Langzeitrüstungsprogramms und des Brüsseler Raketenbeschlusses gehören. Von dieser unheiligen Allianz gehen riesige Gefahren für den Frieden in Europa und der Welt, für das Leben der Menschheit überhaupt aus. Das kann nicht unberücksichtigt bleiben. Das sind Tatbestände, die gegen die weitere Normalisierung der Beziehungen wirken und Erreichtes gefährden.

Frieden läßt sich nicht allein mit Beteuerungen sichern. Er erfordert Taten, eine Politik nach den Prinzipien des Völkerrechts, der Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der Nichteinmischung, der Selbständigkeit und territorialen Integrität, eine Politik der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Sowjetunion, die DDR und die anderen Verbündeten in der sozialistischen Staatengemeinschaft wirken bekanntlich unermüdlich dafür, diesen Prinzipien dauerhaft in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zum Durchbruch zu verhelfen. Eine Vielzahl von Initiativen — erwähnt sei hier nur das Friedensprogramm des XXVI. Parteitages der KPdSU — bestätigt diesen unseren Kurs.

Werner Flach

### Hochrüstung beflügelt Aggressivität der Revanchisten

Offenkundig hat die vom USA-Imperialismus und den reaktionären Kräften in anderen NATO-Ländern betriebene Politik der Hochrüstung, Konfrontation und Eindämmung des Sozialismus die Träume der Revanchisten von einem großdeutschen Reich von neuem beflügelt. So sind es gerade sie, die unverhüllt den Brüsseler Raketenbeschluß unterstützen und massive Angriffe auf die Friedens- und Entspannungspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten richten. Sie diffamieren alle jene, die sich in der immer breiteren Friedensbewegung gegen die neuen USA-Atomraketen in Westeuropa und für Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Rüstungsstopp und Abrüstung einsetzen. Gerade in diesen Tagen wird deutlich, wie sich Revanchismus, Antikommunismus, Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik gegenseitig ergänzen, eines dem anderen Spielraum verschafft.

Die Revanchepolitiker der BRD sind skrupellose Anhänger der Wahnsinnsidee, die für die Stationierung in Westeuropa vorgesehenen neuartigen amerikanischen Raketen könnten den Weg nach dem Osten ebnen, den zu erobern sich ja

der deutsche Imperialismus seit Jahrzehnten erträumt. Dabei spekulieren die Revanchisten auch ganz offen auf einen Erfolg der in- und ausländischen Konterrevolution gegen das sozialistische Polen. Sie selbst tun alles in ihren Kräften Stehende, um die Entwicklung in diesem Land in diesem Sinne zu beeinflussen. Anmaßend und aggressiv wird beispielsweise im Verbandsorgan der „Schlesischen Landsmannschaft“ die Frage erörtert, ob die Bürger Polens die von den Revanchisten beanspruchten Gebiete „zurückerstatten“ und daraus „die moralische Kraft für ihren Anschluß an die freie“ (sprich kapitalistische) „Welt“ schöpfen werden. Sie können ihre Erwartungen, ihre wahren Absichten heute weniger denn je verbergen: einen Todesstoß gegen die polnische Nation zu führen. Führende Politiker der BRD haben wiederholt erklärt, auch sie wollten, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. „Wir haben das mit gebührendem Ernst zur Kenntnis genommen und sind bereit, es in unserer Politik zu berücksichtigen“, sagte Genosse Erich Honecker auf dem X. Parteitag und fuhr fort: „Doch wie es im Leben ist — für den Frieden entscheiden vor allem Taten.“